

## Ausland in Kürze

**Gefechte in Südafghanistan** – Bei Gefechten in Afghanistan sind nach offiziellen Angaben vier Anhänger des Terrornetzes Al Qaida und zwölf Taliban-Kämpfer getötet worden. Die von den Vereinigten Staaten geführten Koalitionstruppen teilten am Freitag mit, die Al-Qaida-Anhänger hätten sich am Vortag in der südostafghanischen Provinz Paktia Gefechte mit Soldaten geliefert. Bei den Extremisten seien viele Waffen gefunden worden. (dpa)

**Freisprüche im Genua-Prozess** – Im Prozess gegen die im Zusammenhang mit den Ausschreitungen während des G-8-Gipfels in Genua im Jahr 2001 Angeklagten sind 13 Polizisten zu Haftstrafen bis zu vier Jahren verurteilt und 16 weitere freigesprochen worden. Das Gericht blieb damit weit hinter den Forderungen der Staatsanwaltschaft zurück. Nach der Urteilsverkündung riefen Prozessbesucher „Schande“. Während des Gipfels in Genua war es zu Straßenschlachten zwischen Polizei und Globalisierungsegegnern gekommen. Ein Demonstrant wurde getötet, Hunderte verletzt. Der Polizei wurde ein brutales und erniedrigendes Verhalten vorgeworfen. Im Prozess ging es um Vorfälle in einer Schule, in der sich Demonstranten aufhielten. Die Polizei warf ihnen unter anderem vor, in der Schule Waffen versteckt zu haben. Bei Untersuchungen kam jedoch heraus, dass die Demonstranten unbewaffnet waren. (F.A.Z.)

**„Streiktag“ in Italien** – Mit Demonstrationen und Streiks haben Zehntausende Studierende und Lehrbeauftragte an Italiens Universitäten gegen das Sparprogramm der Regierung protestiert. Allein in Rom gingen gegen Mittag mehrere tausend Menschen auf die Straße und warfen der Regierung von Ministerpräsident Berlusconi vor, das öffentliche Bildungssystem durch die Privatisierung von Schulen und Universitäten zu zerstören. Die Gewerkschaften hatten in den vergangenen Wochen zu dem nationalen Streiktag im Hochschulwesen aufgerufen. (AFP)

**Island prüft EU-Beitritt** – Das von der Finanzkrise schwer gebeutelte Island will einen Beitritt zur EU prüfen. Ministerpräsident Geir Haarde kündigte am Freitag die Bildung einer Kommission mit entsprechendem Arbeitsauftrag an. Seine Unabhängigkeitspartei werde dann im Januar darüber beraten. Haarde hatte einen Beitritt Islands zur EU bislang abgelehnt. (Reuters)

**Anschlag auf Eulex-Sitz** – Auf den Sitz der EU-Mission im Kosovo Eulex ist am Freitagabend ein Bombenanschlag verübt worden. Autos und Fensterscheiben seien beschädigt worden, Menschen aber nicht zu Schaden gekommen, teilte die Polizei mit. (dpa/AP)

**Royal kandidiert** – Die frühere Präsidentschaftskandidatin Ségolène Royal kandidiert für den Parteivorsitz der französischen Sozialisten (PS). Das teilte ein Delegierter am Freitagabend am Rande des Parteitags in Reims mit. Die Kandidatur war erwartet worden. (AP)

**Duma für Amtszeitverlängerung** – Mit großer Mehrheit hat die Moskauer Duma in erster Lesung die Verlängerung der Amtszeit des russischen Präsidenten von vier auf sechs Jahre unterstützt. In der ersten Abstimmung sprachen sich am Freitag 388 Abgeordnete für die von Präsident Dmitri Medwedjew geforderte Verfassungsänderung aus, 58 stimmten dagegen. Es wird nicht erwartet, dass sich in zweiter und dritter Lesung daran grundsätzlich etwas ändert. Die Duma wird von der von Ministerpräsident Putin geführten Partei „Einiges Russland“ dominiert. Diese beherrscht auch die zweite Kammer, den Föderationsrat, der nach den drei Lesungen in der Duma den Verfassungsänderungen noch zustimmen muss. Die Kommunisten stimmten gegen die Verfassungsänderung. (AP)

**Wahlergebnis in Nicaragua bestätigt** – Der Oberste Wahlrat in Nicaragua hat den Sieg der regierenden Sandinisten bei der Kommunalwahl in Managua nach einer Neuzählung der Stimmen bestätigt. Mit der Nachzählung war der Wahlrat einer Aufforderung der Opposition nachgekommen, die das Ergebnis angezweifelt hatte. Wie das Gremium nun mitteilte, kam der frühere Boxweltmeister Alexis Argüello bei der Wahl am vergangenen Samstag auf 51,32 Prozent der Stimmen und darf damit künftig in der Hauptstadt regieren. Nach den landesweiten Kommunalwahlen hatte es viele Ausschreitungen gegeben. (AFP)

**Ruanda hält an Beziehungen fest** – Ruandas Regierung denkt trotz des Streits über die Festnahme der Politikerin Rose Kabuye in Frankfurt nicht an den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland. Es sei der Regierung in Kigali lediglich um einen „starken Protest gegen einen umstrittenen Haftbefehl“ gegangen, teilte die ruandische Informationsministerin Louise Mushikiwabo am Freitag mit. Der deutsche Botschafter Christian Clages habe Ruanda am Donnerstagabend verlassen, aber alle anderen deutschen Diplomaten seien geblieben. (AFP)

**Sechsertreffen ohne Fortschritte** – Vertreter der sogenannten Sechsergruppe haben in Paris über den Atomkonflikt mit Iran beraten. Anzeichen für größere Fortschritte in den Gesprächen von Vertretern der fünf UN-Vetomächte und Deutschlands gab es nicht. Das französische Außenministerium teilte nach dem Treffen auf Direktorebene lediglich mit, die Beteiligten hätten sich über die Situation ausgetauscht und das weitere Vorgehen besprochen. (Reuters)

# Die „großen Drei“ und der Kapitalismus

Amerika streitet über Hilfen für die angeschlagenen Automobilkonzerne in Detroit. Die Regierungspläne zur Stabilisierung der Märkte erscheinen vielen sprunghaft.

Von Matthias Rüb

WASHINGTON, 14. November. VIELLEICHT ist derzeit nur das Wetter in Washington sprunghafter als die Pläne der amerikanischen Regierung zur Stabilisierung der heimischen Finanzmärkte, zur Rettung bedrängter Industriezweige wie der Versicherungs-, Banken- und Automobilwirtschaft und als die Debatte über die heimische und internationale Wirtschaftspolitik im Allgemeinen. Klare Tendenzen sind nicht abzusehen: Am Donnerstag galt es noch als sicher, dass Finanzminister Paulson mit dem Kongress bewilligten 700 Milliarden Dollar vor allem die „vergifteten“ Werte der von den Hypothekenkrise am schwersten betroffenen Geschäftsbanken aufkauft, heute soll es Kapitalspritzen für weit mehr Finanzinstitute geben. So ließ Paulson durchblicken, man prüfe, auch den eine Billion Dollar umfassenden Wertpapiermarkt zu stützen, aus dem Kreditkartenschulden, Studentendarlehen und Autokredite finanziert werden. Dieser für Geldverleih und Wachstum wichtige Markt sei praktisch zum Stillstand gekommen, das „Ausmaß der Probleme hat sich vergrößert“. Es werde allerdings Wochen dauern, ein entsprechendes Programm auszuarbeiten.

Bei den Anhörungen im Kongress am Donnerstag und Freitag zeigten sich die maßgeblichen demokratischen Abgeordneten und Senatoren zwar erzürnt über den Richtungswechsel Paulsons. Eine gemeinsame Haltung etwa in der Frage, ob und wie den angeschlagenen Autokonzerne Ford, GM und Chrysler in Detroit mit Steuermilliarden geholfen werden könne, zeichnete sich nicht ab. Der New Yorker Senator Schumer zeigte sich zuversichtlich, dass auch bei den Republikanern ge-

nügend Stimmen zu holen sein würden, um ein entsprechendes Rettungspaket für die Autoindustrie im Plenum des Senats zur Abstimmung zu bringen und anzunehmen. Der Vorsitzende des Bankenausschusses Christopher Dodd (Connecticut) warnte jedoch davor, einen entsprechenden Versuch auch nur zu unternehmen, weil ein Scheitern im Senat während der „Lahme-Ente-Sitzung“ des Kongresses bis zum Amtsantritt des neuen Präsidenten Barack Obama am 20. Januar ein katastrophales Signal aussenden würde: „Ich wüsste von keinem einzigen Republikaner, der das unterstützen würde“, warnte Dodd. Zugleich kommen aus Detroit weitere Hiobsbotschaften von einer möglichen Insolvenz von mindestens einem der traditionsreichen „Großen Drei“ der amerikanischen Automobilindustrie. Nach einem Gesetzesentwurf des Abgeordneten Barney Franks (Massachusetts) und des Senators aus Michigan Carl Levin sollen die drei arg geschumpften Automobilriesen 25 Milliarden Dollar aus dem Notpaket für die Banken erhalten, doch das Weiße Haus hat sich bisher entschieden gegen diese Hilfe für Detroit ausgesprochen. Gegenwärtig verfügen die Demokraten über eine knappe Mehrheit von 51 zu 49 Sitzen im Senat, die republikanische Minderheitsfraktion könnte mit dem Verfahren des Filibuster eine Abstimmung verhindern, außerdem stünde dem scheidenden Präsidenten Bush noch das Mittel des Vetos zur Verfügung.

In dem Streit schwingt auch der Konflikt um die Rolle der Gewerkschaften mit: Viele Republikaner argumentieren, erst die von den starken Gewerkschaften durchgesetzten überzogenen Verpflichtungen für die „Großen Drei“ bei der Alters- und Krankheitsversorgung der Arbeiter in der Autoindustrie habe diese in Schieflage gebracht, ein Rettungspaket dürfe es erst geben, wenn diese Milliardenlast von den Automobilfirmen genommen werde. Die Demokraten warnen, ein Zusammenbruch auch nur eines der „Großen Drei“ samt den Folgen für die dazugehörige Zuliefererindustrie würde den amerikanischen Steuerzahler noch viel teurer zu stehen kommen.

## Gefährlichstes Gewässer der Welt

Piraten im Golf von Aden / Von Nora Schareika

FRANKFURT, 14. November. Der wichtigste Seehandelsweg von Europa nach Asien führt durch eines der unsichersten Meere der Welt. „Somalische Piraten greifen jetzt Schiffe an der nordsomalischen Küste im Golf von Aden an. Diese Piraten schießen mit automatischen Waffen und Panzerabwehrraketen und versuchen dadurch Schiffe zu kapern und zu entführen“, heißt es in einer Warnung für Schiffahrtsgesellschaften auf der Internetseite des Piraterie-Report-Zentrums des International Maritime Bureau (IMB) mit Sitz in London: Der Golf von Aden gilt wegen der häufigen Piratenangriffe auf Handelsschiffe als derzeit gefährlichstes Gewässer überhaupt. Allein in dieser Woche wurden ein indisches, ein dänisches und ein philippinisches Handelsschiff im Golf von Aden angegriffen, ein türkisches Schiff wurde mitsamt seiner 14 Besatzungsmitglieder gekapert. Am Freitag wurde die Entführung eines chinesischen Fischereischiffs durch somalische Piraten gemeldet.

Zahlen über angegriffene oder entführte Schiffe seien unzuverlässig, weil längst nicht alle Vorfälle gemeldet würden, sagt Anke Rosumek vom Rückversicherungsunternehmen Münchener Rück. Der Direktor des IMB, Pottengal Mukundan, sagte dieser Zeitung, in diesem Jahr habe es bislang 83 dokumentierte Piratenüberfälle am Horn von Afrika gegeben, 33 Schiffe mit insgesamt 655 Besatzungsmitgliedern seien entführt worden. Ein Dutzend Schiffe mit insgesamt 238 Besatzungsmitgliedern befänden sich noch in der Gewalt somalischer Piraten. Dass der Golf von Aden für Piraten so attraktiv ist, hat



## Islamisten erobern somalische Hafenstadt

JOHANNESBURG, 14. November. Mit der Einnahme der Hafenstadt Merka haben die Islamisten in Somalia innerhalb kürzester Zeit die zweite Hafenstadt erobern können und nähern sich damit Mogadischu. Zuvor war mit Kismayo die zweitgrößte Hafenstadt des Landes unter ihre Kontrolle geraten. Das rund 100 Kilometer südlich von Mogadischu gelegene Merka war am Mittwoch von den „al Schabab“ genannten Milizen der Islamisten erobert worden, nachdem die Truppen der somalischen Übergangsregierung zuvor geflohen waren. Über den Hafen von Merka werden viele Hilfslieferungen nach So-

malia gebracht, weil sowohl der Hafen von Kismayo als auch der von Mogadischu aus Sicherheitsgründen kaum noch benutzt werden können. Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes schätzt, dass „mehrere hunderttausend“ Menschen in Somalia wegen des Krieges und einer langen Trockenzeit vom Hungertod bedroht sind. Die Islamisten wollen nach eigenen Angaben die Hilfslieferungen nicht behindern, kündigten aber an, dass in Merka nunmehr die islamische Rechtsprechung Scharia gelte. In Kismayo war unlängst ein 13 Jahre altes Mädchen unter dieser Rechtsprechung zum Tod verurteilt und gesteinigt worden. Es war zuvor von drei Männern vergewaltigt worden. Ein Scharia-Gericht befand das Kind des Ehebruchs für schuldig.

## Luftangriff auf den Gazastreifen

Waffenruhe zwischen Israel und Hamas wird brüchig

JERUSALEM, 14. November. Die Waffenpause zwischen Israel und dem von der islamistischen Hamas beherrschten Gazastreifen wird brüchig. Seit einer israelischen Militäroperation vor elf Tagen gegen einen fast fertigen Tunnel nach Israel, mit dessen Hilfe Soldaten entführt werden sollten, und einer weiteren Operation mit zusätzlichen Todesopfern auf arabischer Seite, wird aus dem Gazastreifen in Richtung Israel geschossen. Am Freitag fielen acht Raketen auf den Ort Sderot; fünf sowjetische Grad-Raketen mit einer größeren Reichweite wurden auf die israelische Hafenstadt Ashkelon abgefeuert. Bei einem israelischen Luftangriff auf verschiedene Ziele im Gazastreifen als Antwort auf die Angriffe wurden zwei Hamas-Kämpfer verletzt.

Die Hamas teilte mit, sie habe die 25 Kilometer weit reichenden Grad-Raketen zum ersten Mal eingesetzt. Zugleich berichtete der israelische Rundfunk, Hamas-Führer Radwan habe Kairo aufgefordert, Druck auf Israel auszuüben, um die Waffenruhe zu halten und die Grenzpunkte für die Hilfslieferungen wieder zu öffnen. Mit kurzen Unterbrechungen hält Israel seit einigen Tagen als Antwort auf die Beschießung alle Grenzpunkte für den Warenimport geschlossen. Der Hamas-Sprecher Tacha machte Israel für die jüngste Eskalation verant-

wortlich. Israel ließ seinerseits über die ägyptische Regierung in Kairo die Hamas wissen, es habe kein Interesse an einem Ende der Waffenpause. Die „Tachdija“ war Mitte Juni geschlossen worden und sollte zunächst ein halbes Jahr andauern. Der neu gewählte Bürgermeister von Sderot, Buskila, forderte die Regierung auf, „die Armee im Gazastreifen siegen zu lassen“.

Unterdessen wirft die Zeitung „Haaretz“ Verteidigungsminister Barak vor, er treibe gegen den internationalen Friedensplan und die Vereinbarungen von Annapolis vor einem Jahr die Bautätigkeiten in den Siedlungen voran. Die meisten Projekte betrafen Siedlungen, die auf der israelischen Seite der Trennanlage liegen und die Israel nach einem Friedensschluss mit den Palästinensern behalten will.

Aber auch in Ariel östlich des Sicherheitszaunes werde gebaut. Nach „Haaretz“ sollen in der Siedlung Beitar Iliit insgesamt 315 Häuser entstehen, in Ariel 48. In Eschkolot und Efrat sei der Bau von 60 beziehungsweise 40 Wohnungen genehmigt worden. Nach Informationen des Blattes sind in zehn weiteren Siedlungen Projekte entweder ausgeschrieben oder schon genehmigt worden. Der illegale Außenposten Migron soll in der Siedlung Aduf jenseits der Trennanlage neu entstehen.

**SCHATZ, ICH WÜNSCHE MIR EINE NEUE WASCHMASCHINE.**

Und von den gesparten Stromkosten eine Jahreskarte fürs Stadion!

**Stiftung Warentest test.de**

**SCHLAUER SCHENKEN UND GELD SPAREN:**  
www.test.de/spargeräte

Energieberatung in Ihrer Verbraucherzentrale: 09001-3637443\*  
Wie viel sparen Sie mit einem neuen Gerät?  
Die Deutsche Energie-Agentur informiert: www.stromeffizienz.de  
\*0,14 Euro/Min. aus dem dt. Festnetz, abweichende Preise für Mobilfunkteilnehmer.

**Klima schutz**  
zählt sich aus!

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Eine Initiative des Bundesumweltministeriums für mehr Klimaschutz